Planungsprämissen zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“

1) Vorbemerkungen

Der Handlungsbedarf für die Aufstellung des „Sachlichen Teilplans „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ erwächst insbesondere aus den aktuellen Erfordernissen des Klimaschutzes, die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren sowie den Anteil an regenerativer, klimaneutraler Energieerzeugung zu erhöhen und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer raumordnerischen Sicherung und Steuerung der räumlichen Voraussetzungen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region.

Mit der Ersten Änderung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 (LEP 2025) wurden Ausbauziele zur Stromerzeugung aus Windenergie im Freistaat festgelegt, die eine verbindliche Grundlage des Handelns bilden. Zudem haben die Gesetzgeber auf den Ebenen von Bund und Freistaat Thüringen, u. a. durch die Neuregelungen zum Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG), Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Raumordnungsgesetz (ROG), Baugesetzbuch (BauGB), Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sowie Thüringischen Landesplanungsgesetz (ThürLPIG) und Thüringischen Bauordnung (ThürBO), einen grundhaft geänderten Rechtsrahmen zum beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien geschaffen, der durch die Regionalplanung umzusetzen ist.

Vor dem Hintergrund der geopolitischen Entwicklungen und einer daraus erwachsenen Energiekrise, welche die Energieversorgung in weiten Teilen Europas weitreichend beeinflusst, wurde 2022 auf Europäischer Ebene die zeitlich befristete Verordnung EU 2022/2577 (sogenannte EU-Notfallverordnung) beschlossen, welche durch die unbefristete RL (EU) 2023/2413 (RED III-Richtlinie) ersetzt wurde. Kernziel ist es, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 30 auf 42,5 % (Richtziel 45 %) im Jahr 2030 anzuheben. Damit wurde auch die besondere Bedeutung der Erneuerbaren Energien betont und die EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED-III in nationales Recht umzusetzen.

2) Anlass der Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“

Der Sachliche Teilplan Windenergie Ostthüringen aus 2020 basiert in seinen Festlegungen zu Kapitel 3.2.2 Vorranggebiete Windenergie auf überholten energiepolitischen Zielen des Freistaates Thüringen. Mit dem geänderten LEP 2025 hat der Freistaat Thüringen zwischenzeitlich landesplanerisch neue klima- und energiepolitische Zielstellungen im Freistaat sowie diesbezüglich verbindliche Vorgaben für den regionalen Ausbau der Windenergie in den vier Thüringer Planungsregionen in Kraft gesetzt. Gemäß § 5 Abs. 6 ThürLPIG in Verbindung mit § 7 ROG ist die RPG Ostthüringen verpflichtet, soweit Ziele im Landesentwicklungsprogramm geändert wurden, den Regionalplan an die neuen Ziele der Raumordnung anzupassen.

Mit der Novellierung der rechtlichen und landesplanerischen Rahmenseetzungen sowie infolge steigender Energiekosten und aus Belangen der Versorgungssicherheit haben des Weiteren auch kommunale Entwicklungsabsichten und unternehmerische Nachfragen zur Errichtung von Anlagen der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in der Region deutlich zugenommen. Dies macht eine grundlegende Neubewertung und Fortschreibung der bisherigen regionalplanerischen Festlegungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien erforderlich.

Hieraus leitet sich ein akuter Fortschreibungsbedarf der regionalplanerischen Festlegungen zur Windenergienutzung ab. Die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen (RPG Ostthüringen) hat deshalb in der Planungsversammlung vom 29. November 2024 einen Aufstellungsbeschluss über einen Sachlichen Teilplan „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ gefasst (Beschluss Nr. PLV 05/05/24).

Mit dem Sachlichen Teilplan „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ stellt sich die RPG Ostthüringen der rechtlichen Verpflichtung des § 5 Abs. 6 ThürLPIG zur Anpassung des Regionalplans an die ambitionierten bundesgesetzlichen sowie landesplanerischen Handlungsaufträge zum beschleunigten Ausbau der Windenergienutzung an Land. Vorrangiges Ziel ist es, mit dem Erreichen der regionalen Teilflächenziele Windenergieanlagen planerisch steuern zu können (Entprivilegierung von Windenergieanlagen gemäß § 249 Abs. 2 S. 1 BauGB) und die Vorgabe 1.2.4 V LEP 2025 umzusetzen.

Bereits mit Beschluss Nr. PLV 23/01/23 vom 02. Juni 2023 hat die RPG Ostthüringen das Kapitel 2.2 Sicherung des Kulturerbes aus dem Verfahren der Änderung des Regionalplans Ostthüringen herausgelöst, um die Festlegungen im Spiegel der landesplanerischen Vorgaben zur Windenergienutzung neu zu bewerten und grundlegend zu überarbeiten. Dies war und ist nach fachlicher Einschätzung nur im Zusammenhang mit einer perspektivischen Änderung/Neuaufstellung des Sachlichen Teilplans Windenergie Ostthüringen 2020 sinnvoll.

3) Rahmenbedingungen

Die **besondere Bedeutung der Erneuerbaren Energien** wurde mit der Neuregelung des § 2 EEG bundesrechtlich verankert. Die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen (z. B. Windenergieanlagen) liegt gemäß § 2 EEG von 2023 im überragendem öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Zudem sollen Erneuerbare Energien, bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, in der Abwägung mit anderen Schutzgütern als vorrangiger Belang eingebracht werden. Die Windenergienutzung erhält durch den Bundesgesetzgeber damit eine hohe Gewichtung und soll in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen, auch auf Ebene der Regionalplanung, künftig als ein vorrangiger Belang berücksichtigt werden. Zwar sind in Regionalplänen auch weiterhin alle öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abzuwägen (§ 7 Abs. 2 ROG), der Windenergie an Land soll aber aufgrund des bisherigen Mangels an geeigneten Flächen sowie im Hinblick auf Energieunabhängigkeit, Klimaschutz und Versorgungssicherheit bis zum Erreichen des verbindlichen Flächenzieles eine überragende Bedeutung zugestanden werden.

Die **Privilegierung der Windenergienutzung im Außenbereich** (§ 35 Abs. 1 BauGB) und deren raumordnerische Steuerung sind nunmehr nach Maßgabe der Sonderregelungen für Windenergieanlagen an Land im Baugesetzbuch geregelt. Danach ist die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB bei entgegenstehenden Zielen der Raumordnung, die eine Ausweisung an anderer Stelle festlegen, für die privilegierte Windenergienutzung nicht mehr anzuwenden (§ 249 Abs. 1 BauGB). Eine regionalplanerische Steuerungswirkung im Außenbereich ist künftig an die Umsetzung des Flächenbeitragswertes geknüpft (§ 249 Abs. 2 BauGB) und wird nur erreicht, sofern die vorgegebenen Teilflächenziele zum Ausbau der Windenergienutzung in der Region fristgerecht erfüllt und die Verwirklichung der privilegierten Windenergienutzung durch festgelegte Windenergiegebiete regionalplanerisch sichergestellt ist. Nach Zielerreichung und der festgestellten „Entprivilegierung“ im Außenbereich sind weitere Windenergieflächen in der Region dann nur noch i. S. sonstiger Vorhaben (§ 35 Abs. 2 BauGB) zulässig und dürfen den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB). Wird der Flächenbeitragswert bzw. das daraus abgeleitete Teilflächenziel nicht fristgerecht erreicht oder verfehlt, tritt eine vollumfängliche Außenbereichsprivilegierung für Windenergieanlagen ein (§ 249 Abs. 7 BauGB). Ziele der Raumordnung können dann nicht mehr entgegengehalten werden und auch per Landesrecht bestimmte Abstandsregelungen für Anlagen sind nicht mehr anwendbar (vgl. § 99 ThürBO).

Windenergiegebiete i. S. § 2 Nr. 1 WindBG sind Flächen, die als Vorranggebiete ausgewiesen sind. Damit können Windenergieflächen in Regionalplänen nunmehr ausschließlich als Vorranggebiet festgelegt werden. Andere Gebietskategorien nach § 7 Abs. 3 ROG, wie die im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen 2020 festgelegten Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten (Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung), sind für die Ausweisung von Windenergiegebieten nicht mehr möglich. Damit ist eine grundsätzliche Änderung der Planungssystematik verbunden. Der Bundesgesetzgeber hat zur Vereinfachung und Rechtssicherheit der Windenergieflächenplanung beschlossen, die bisher der Windenergienutzung substanziiell Raum schaffende abschließende Konzentrationszonenplanung nach Abzug „harter und weicher Tabukriterien“ auf eine „Positivplanung“ durch Ausweisung von Vorranggebieten ohne Ausschlusswirkung umzustellen. Die Träger der Windenergieflächenplanung sollen damit künftig durch festgelegte Vorranggebiete „positiv“ definieren, auf welchen Flächen Windenergieanlagen privilegiert verwirklicht werden können. Damit sind sie nicht mehr verpflichtet, Ausschlussbereiche abschließend zu ermitteln und flächendeckend zu begründen. Dies wirkt sich auf die Planrechtfertigung aus und erhöht die Ermessensspielräume der Planungsträger. Für die Rechtswirksamkeit der Vorranggebiete ist dabei unbeachtlich, ob und welche sonstigen Flächen im Planungsraum für die Ausweisung von Windenergiegebieten geeignet sind (§ 249 Abs. 6 BauGB).

Das **Repowering** hat durch den Bundesgesetzgeber ein besonderes Gewicht beim Ausbau der Windenergienutzung an Land erhalten („Superprivilegierung“). Hierzu sind im Bundes- und Landesrecht neue Sonderregelungen für das Repowering erfolgt und darin planungsrechtliche Ausnahmen formuliert. Die Überleitungsvorschrift im Baugesetzbuch, wonach bis zum Erreichen des Flächenbeitragswertes bzw. des regionalen Teilflächenziels bestandkräftige Ziele der Raumordnung und deren Steuerungswirkung (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB) rechtswirksam bleiben, kann dem Repowering nicht entgegengehalten werden, sofern die Grundzüge der Planung nicht berührt werden (§ 245e Abs. 3 BauGB). Auch nach der Feststellung des Zielerreichens gelten die Rechtsfolgen der „Entprivilegierung“ im Außenbereich für das Repowering nicht (§ 249 Abs. 3 BauGB). Das Repowering bleibt bis 2030 auch außerhalb der festgelegten Vorranggebiete „Windenergie“ privilegiert. Planungsrechtliche Ausnahmen für das Repowering gelten nur dann nicht, sofern dies in Natura 2000-Gebieten oder in Naturschutzgebieten verwirklicht werden soll. Nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) beinhaltet das Repowering den vollständigen oder teilweisen Austausch von Anlagen oder Betriebssystemen/-geräten, der spätestens innerhalb von 24 Monaten nach dem Bestandsrückbau und in einem Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage von höchstens dem Zweifachen der Gesamthöhe der neuen Anlage umgesetzt

wird (§ 16b BImSchG).¹ Zusätzlich findet der auf Basis der Abweichungsermächtigung der Länder (§ 249 Abs. 9 BauGB) im § 99 ThürBO bestimmte Mindestabstand von 1.000 m zur Wohnbebauung für das Repowering Anwendung.

4) Ausgangssituation

Im Freistaat Thüringen beträgt der Flächenbedarf für Windenergiegebiete gemäß § 3 Abs. 1 WindBG i. V. m. Anlage zu § 3 Abs. 1 WindBG:

- 1,8 % der Fläche Thüringens bis 31.12.2027 als Mindestgröße und

- 2,2 % der Fläche Thüringens bis 31.12.2032 als Mindestgröße.

Der Flächenbedarf wurde vom Freistaat Thüringen über die Erste Änderung des LEP 2025 regionalisiert. Für die Planungsregion Ostthüringen betragen die regionalen Teilflächenziele gemäß Ziel 5.2.7 Z des LEP 2025:

- 1,4 % (6.632 ha) der Fläche der Planungsregion Ostthüringen bis 31.12.2027 als Mindestgröße und

- 1,7 % (8.106 ha) der Fläche der Planungsregion Ostthüringen bis 31.12.2032 als Mindestgröße.

Nach der bei der oberen Landesplanungsbehörde geführten Statistik zur Windenergienutzung sind in der Planungsregion Ostthüringen derzeit 199 Windenergieanlagen mit einer installierten Nennleistung von 394 MW in Betrieb (Stand 31.12.2024). Weitere 43 Windenergieanlagen mit einer installierten Nennleistung von 258 MW sind mit Stand 13.03.2025 innerhalb der Windvorranggebiete aus dem Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen genehmigt. Von den 199 in Betrieb befindlichen Anlagen befinden sich nur 85 Anlagen innerhalb der ausgewiesenen Gebietskulisse der Vorranggebiete „Windenergie“. Von den übrigen 114 außerhalb der festgelegten Vorranggebiete „Windenergie“ gelegenen Windenergieanlagen stehen 101 Anlagen in einem Abstand von unter 1.000 m zu Siedlungsbereichen mit hohem Schutzanspruch, wovon fast die Hälfte, nämlich 46 Anlagen, in einem engen räumlichen Zusammenhang zu einem bestehenden Vorranggebiet „Windenergie“ betrieben werden.

In der Planungsregion Ostthüringen sind derzeit 0,4 % der Fläche (1.882 ha) als Vorranggebiete „Windenergie“ für die Windenergienutzung durch den Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen 2020 gesichert. Um die landesplanerisch festgelegten regionalen Teilflächenziele von 1,4 bzw. 1,7 % zu erreichen, ist der Flächenanteil der Festlegungen für die Windenergienutzung in der Planungsregion fast zu verfünffachen. Dies stellt die Planungsregion Ostthüringen vor erhebliche Herausforderungen und erfordert eine grundhafte Neubewertung der bisherigen Planungs- und Abwägungsprämissen.

Die regionalplanerische Steuerung im Zuge der Aufstellung des Sachlichen Teilplan „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ erfolgt nur für raumbedeutsame Windenergieanlagen. Als raumbedeutsam werden i. d. R. Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe > 50 m angesehen.

5) Stand der Technik

In Ostthüringen ist – verglichen mit anderen Regionen – nur ein mittleres Windpotential vorhanden. Gemäß einer bei der oberen Landesplanungsbehörde geführten Statistik werden bereits seit Ende 2023 überwiegend Schwachwindanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 250 m und einer Leistung von bis zu 6,8 MW neu in Betrieb genommen (Nabenhöhe bis zu 165 m, Rotordurchmesser bis zu 163 m). Noch höhere Anlagen sind bereits Gegenstand von Genehmigungsverfahren, bzw. wurden jüngst genehmigt. Für die Zukunft ist weiterhin mit einem Trend zu sehr hohen Anlagen zu rechnen (Nabenhöhen bis 200 m). Aufgrund dessen wird im Zuge der Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ eine Windenergieanlage mit einer Nabenhöhe von 200 m, einem Rotordurchmesser von 170 m und einer Gesamthöhe von 285 m angenommen.

6) Spezifische Hinweise zu den Planungsprämissen

Die vorliegenden Planungsprämissen beinhalten einen Arbeitsstand, der die allgemeinen Grundzüge des Planwerks und die Planungsabsichten der RPG Ostthüringen zur raumordnerischen Steuerung des Ausbaus der Windenergienutzung in der Planungsregion Ostthüringen darlegt und die daraus abzuleitenden Betroffenheiten sowie Berührungspunkte klar

¹ Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht vom 03.07.2024 (BGBl. I 2024 S. 1353) traten Änderungen des BImSchG in Kraft (sog. „BImSchG-Novelle“). So darf bzgl. des Repowerings von Windenergieanlagen (§ 16b BImSchG) der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage nun höchstens das Fünffache der Gesamthöhe der neuen Anlage betragen (bisher: höchstens das Zweifache). Weil das BauGB in § 245e Abs. 3 S. 1 (positive Vorwirkung von Windenergie-Planentwürfen) und § 249 Abs. 3 S. 1 (keine außergebietliche Ausschlusswirkung für Repowering-Anlagen bis 31.12.2030) statisch auf § 16b BImSchG verweist, finden die erfolgten Änderungen im § 16b BImSchG keine Anwendung. Es ist weiterhin die (alte) Fassung des § 16b BImSchG anzuwenden, sodass der Abstand zwischen der Bestandsanlage und der neuen Anlage bauplanungsrechtlich weiterhin höchstens das Zweifache der Gesamthöhe der neuen Anlage betragen darf.

erkennen lässt. Dies umfasst sowohl die grundhaft umzustellende Planungsmethodik und Schutzgüterabwägung zum Belang Windenergienutzung (siehe die Punkte 7 bis 8) als auch den Ergänzungsbedarf hinsichtlich einer untergeordneten solarenergetischen Nebennutzung in den in Vorranggebieten „Windenergie“ (siehe den Punkt 9).

Die textliche Festlegung von Zielen und Grundsätzen im Kapitel 3.2.2 Vorranggebiete Windenergie sowie die daraus abzuleitende zeichnerische Ausweisung von Windenergiegebieten in der Planungsregion erfolgen erst im Beteiligungsentwurf nach gemäß § 9 Abs. 2 ROG i. V. m. § 3 ThürLPlG. Auch die umfassende Begründung von Plansätzen gemäß § 7 Abs. 5 ROG, die zugehörigen Erläuterungskarten und Datenblätter sowie der Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung werden erst Gegenstand des Beteiligungsentwurfs sein.

7) **Planungskonzeption**

Um unter der o. g. novellierten Rahmensetzung eine nachhaltige Entwicklung und raumordnerische Steuerung der Windenergienutzung in der Region sicherzustellen, die den Belangen einer übergeordneten Gesamtentwicklung sowie einem fairen Interessenausgleich aller raumrelevanter Nutzungsansprüche gleichermaßen verpflichtet bleibt, sollen allgemeine Planungsabsichten der RPG Ostthüringen, insbesondere zur methodischen Anpassung des gesamträumlichen Planungskonzeptes sowie die in der Region künftig beabsichtigten Planungsprämissen, dargelegt und unter Beachtung des geänderten Rechtsrahmens frühzeitig vorgestellt werden.

Gesamträumliches Planungskonzept

Im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen aus 2020 erfolgte die regionalplanerische Steuerung der Windenergienutzung nach bisheriger Rechtslage als abschließende Planung zur Festlegung von Vorranggebieten mit der Wirkung von Eignungsgebieten auf Basis einer flächendeckenden Konzentrationszonenplanung unter Abzug „harter und weicher Tabukriterien“. Die gesetzlichen Neuregelungen zur Windenergienutzung und der damit eingeleitete „Paradigmenwechsel“ auf Bundes- und Landesebene erfordern nunmehr eine grundhafte Umstellung der Planungssystematik und eine Anpassung der regionalen Planungsprämissen.

Gemäß der Vorgabe 5.2.9 V des LEP 2025 sollen künftig in den Regionalplänen Windenergiegebiete i. S. des § 2 Nr. 1 WindBG als Vorranggebiete „Windenergie“ ausgewiesen werden. Diese sind zudem als Vorranggebiete ohne Ausschlusswirkung zu sichern, weshalb Gemeinden in ihrem Gemeindegebiet mittels Flächennutzungs- und Bebauungsplänen zusätzlich zu den Vorranggebieten „Windenergie“ weitere Flächen für die Windenergienutzung ausweisen dürfen². Vorranggebiete für die Windenergienutzung sind Flächen, die vorrangig für den Ausbau von Windenergieanlagen im Außenbereich festgelegt werden und andere raumbedeutsame Funktionen und Nutzungen ausschließen, die mit der vorrangigen Windenergienutzung nicht vereinbar sind. Sie dienen der privilegierten Verwirklichung von Anlagen innerhalb geeigneter Windenergiegebiete in der Region, schließen weitere Windenergieflächen außerhalb aber nicht aus. Die RPG Ostthüringen beabsichtigt Windenergiegebiete i. S. des § 2 Nr. 1 lit. a WindBG als Vorranggebiete „Windenergie“ festzulegen.

Die Ermittlung „harter und weicher Tabukriterien“ und deren flächendeckender Ausschluss ist nicht mehr erforderlich. Die RPG Ostthüringen beabsichtigt, auf Basis nachvollziehbarer Festlegungskriterien geeignete Windenergiegebiete in der Region zu ermitteln. Maßstab für die regionalplanerische Steuerung der Windenergienutzung in der Region ist künftig das Erreichen des regionalen Teilflächenziels. Hiermit wird die nach Bundesrecht notwendige Flächenbereitstellung für den Ausbau der Windenergienutzung in der Region sichergestellt und der Planungsauftrag gemäß Ziel 5.2.7 Z des LEP 2025 erfüllt.

Zudem soll die Akzeptanz für die Windenergienutzung durch eine stärkere kommunale Beteiligung an der Windenergieflächenplanung erhöht werden. Der RPG Ostthüringen beabsichtigt dazu ein gesamträumliches Planungskonzept unter Stärkung der kommunalen Beteiligung zu erstellen. So sollen die im Rahmen der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ Ostthüringen gemäß § 9 Abs. 1 ROG (ThürStAnz Nr. 52/2024 vom 23. Dezember 2024) von den Gemeinden vorgeschlagenen Flächen geprüft werden, ob diese als geeignete Gebiete mit kommunalem Planungsinteresse in das regionalplanerische Konzept aufgenommen werden können.

Als zuständiger Planungsträger in der Region ist die RPG Ostthüringen bei der Festlegung von Vorranggebieten „Windenergie“ weder an entgegenstehende Ziele der Raumordnung bzw. entgegenstehende Darstellungen in Flächennutzungsplänen (§ 249 Abs. 5 BauGB), noch an den per Landesrecht bestimmten Mindestabstand von 1.000 m zur Wohnbebauung (§ 99 ThürBO) gebunden, soweit dies zur Erreichung des regionalen Teilflächenziels erforderlich ist.

² Die Gemeinden haben nunmehr die Möglichkeit, über Bauleitplänen weitere Gebiete für die Windenergienutzung außerhalb der regionalplanerisch ausgewiesenen Vorranggebiete „Windenergie“ festzulegen bzw. darzustellen. Gemeinden können somit planerisch ergänzend zum zuständigen Planungsträger die Windenergienutzung steuern. Diese ergänzend festgelegten kommunalen Gebiete sind zusätzliche Gebiete und auf das regionale Teilflächenziel nicht anzurechnen.

Vorranggebiete „Windenergie“ sollen in der Region aber nach regionalen Planungsprämissen raumverträglich gesteuert werden.

Rotor-Out / Rotor-Außerhalb

Im Windenergieflächenbedarfsgesetz hat der Bundesgesetzgeber die zuständigen Planungsträger nunmehr verpflichtet, die Platzierung der Rotorblätter von Windenergieanlagen zu bestimmen. Diese kann innerhalb (Rotor-In) oder außerhalb (Rotor-Out) der Windenergiegebiete festgelegt werden (§ 2 Nr. 2 i. V. m. § 5 Abs. 4 WindBG). Die Platzierung hat jedoch erhebliche Konsequenzen auf die Anrechenbarkeit und den Umfang der notwendigen Flächenbereitstellung. Bei Ausweisung von Windenergiegebieten mit Rotor-Out-Regelung sind Vorrangflächen vollumfänglich auf den Flächenbeitragswert anzurechnen (§ 4 Abs. 3 S. 1 WindBG). Bei Ausweisung von Windenergiegebieten mit Rotor-In-Regelung sind Vorrangflächen hingegen auf den Flächenbeitragswert nur anteilig anrechenbar (§ 4 Abs. 3 S. 2 WindBG). Die Regelungen im WindBG zielt auf eine möglichst hohe Nutzbarkeit der ausgewiesenen Flächen ab.

Gemäß der Vorgabe 5.2.10 V des LEP 2025 sind die in den Regionalplänen auszuweisenden Vorranggebiete „Windenergie“ als „Rotor-Out-Flächen“ zu definieren, d. h., dass sie den Turm der Windenergieanlagen aufnehmen, die Rotorblätter jedoch über die Vorranggebietsgrenzen hinausragen dürfen („Rotor-außerhalb-Flächen“).

Da nicht nur der Turm einer Windenergieanlage, sondern auch die Rotorblätter konkurrierende Nutzungen und Funktionen beeinträchtigen können, wird bei der Ermittlung der Vorranggebiete „Windenergie“ zu bestimmten Abstandsflächen eine Rotorblattlänge hinzuaddiert (z. B. bei den Anbauverbotszonen bei Fernstraßen, vgl. Kriterienkatalog zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ - „Rohentwurf“). Die Wahrung dieser fachgesetzlichen Ver- und Gebotstatbestände soll u. a. die Rechtssicherheit der Planung sicherstellen.

Dezentrale Konzentration

Zur Mindestgröße und Verteilung von Windenergiegebieten sind im Bundes- und Landesrecht keine Vorgaben getroffen. Im Ermessen der RPG Ostthüringen sollen Windenergieanlagen in geeigneten Gebieten auch weiterhin konzentriert und nur in Ausnahmen als Einzelanlagen errichtet werden. Vorranggebiete „Windenergie“ müssen in der Planungsregion allerdings nicht gleichverteilt festgelegt werden. Sie können nach regionalen Planungsprämissen gesteuert werden. Die RPG Ostthüringen beabsichtigt deshalb, am raumordnerischen Grundsatz der „dezentralen Konzentration“ festzuhalten, wonach raumbedeutsame Vorprägungen, Standorteignungen aber auch Schutzbedarfe besonders gewichtet werden, ohne dadurch aber eine Überlastung einzelner Teilräume in der Region zu bewirken und allen Teilräumen eine raumverträgliche, nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Die RPG Ostthüringen strebt – im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten – eine Konzentration der raumbedeutsamen Windenergienutzung in den Vorranggebieten „Windenergie“ an. Zu diesem Zweck sollen nur solche Flächen als Vorranggebiete „Windenergie“ ausweisen werden, in denen – ggf. verteilt auf mehrere Teilflächen – mindestens drei Windenergieanlagen Platz finden.

Höhenbegrenzung

Vorranggebiete „Windenergie“ in Regionalplänen, die Bestimmungen zur Höhe zulässiger Windenergieanlagen enthalten, sind nach Bundesrecht künftig nicht auf den Flächenbeitragswert anrechenbar (§ 4 Abs. 1 S. 4 WindBG). Gemäß der Vorgabe 5.2.10 V des LEP 2025 sind Höhenbeschränkungen für die Windenergienutzung nicht vorzunehmen. Die Regelungen im WindBG zielt auf eine möglichst hohe Nutzbarkeit der ausgewiesenen Flächen ab. Im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen 2020 sind ca. 11,5 % der Gebietskulisse der Vorranggebiete mit Höhenbegrenzungen belegt. In den festgelegten Zonen der Vorranggebiete ist eine Anlagenhöhe von 200 m Gesamthöhe nicht zu überschreiten. Damit hat der Plangeber dem besonderen Interesse am Repowering der Anlagen sowie der vorhandenen Vorbelastung besonders Rechnung getragen, langjährig akzeptierte Windenergiegebiete in der Region erhalten und zugleich die Schutzbelange der Anwohner berücksichtigt. Künftig dürfen Windenergieflächen, die zum Erreichen des regionalen Teilflächenziels beitragen sollen, aber keine Höhenbegrenzung mehr enthalten. Die RPG Ostthüringen prüft deshalb im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“, welche Möglichkeiten für das Beibehalten langjährig akzeptierter Bestandsgebiete unter Beteiligung der betroffenen Gemeinden und ggf. in geringeren Abständen zur Wohnbebauung bestehen, um das regionale Teilflächenziel zu erreichen.

8) Methodisches Vorgehen in Ostthüringen

Der Plangeber wird für die Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ ein gestuftes Verfahren anwenden. In einem ersten Schritt werden Tabuzonen ermittelt, die von der Regionsfläche abgezogen werden (siehe Punkt 8.2). Nachfolgend werden von den verbliebenen Flächen Kleinstflächen ausgesondert (siehe Punkt 8.3). Anschließend erfolgt für die wiederum verbliebenen Flächen in Gestalt der potenziell in Frage kommenden Vorranggebiete „Windenergie“ eine Einzelfallprüfung anhand verschiedener Kriterien (siehe Punkt 8.4). In die Gesamtbewertung und Entscheidung über die Ausweisung von Flächen als Vorranggebiete „Windenergie“ fließen neben den Einzelfallkriterien die allgemeinen und speziellen Planungsprämissen ein (siehe die Punkte 8.5).

In das beschriebene gestufte Vorgehen finden auch Aspekte, die im unmittelbaren Umfeld der Planungsregion Ostthüringen liegen, Eingang (z. B. Ortslagen).

Die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen der Vorranggebiete „Windenergie“ werden im Umweltbericht ermittelt, beschrieben und bewertet.

8.1) Ausgangspunkt: Vorranggebiete „Windenergie“ als „Rotor-außerhalb-Flächen“

Die Vorranggebiete „Windenergie“ werden gemäß der Vorgabe 5.2.10 V des LEP 2025 so definiert, dass sie den Turm der Windenergieanlagen aufnehmen, die Rotorblätter jedoch über die Flächengrenzen hinausragen dürfen („Rotor-außerhalb-Flächen“).

8.2) Ermittlung der Tabuzonen gemäß Kriterienkatalog

Tabuzonen stellen Flächen dar, die entweder aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht für die raumbedeutsame Windenergienutzung zur Verfügung stehen, oder es handelt sich um Flächen, die auf Belangen fußen, die die Plangeberin pauschal höher gewichtet als die raumbedeutsame Windenergienutzung. Tabuzonen werden jedenfalls – ohne dass die Flächen im Einzelnen einer Prüfung unterzogen werden – gleich zu Beginn pauschal aus dem Verfahren zur Ermittlung der Vorranggebiete „Windenergie“ ausgesondert. Der Kriterienkatalog zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ als Anlage zur Begründung enthält eine Auflistung aller Tabuzonen einschließlich ihrer Begründung. In den zugehörigen Tabuzonenkarten, ebenfalls Anlage zur Begründung, werden die Tabuzonen, getrennt nach Belangen, kartographisch dargestellt.

Tabuzonen, Ausgleichsflächen, Rohrfernleitungen und Schutzgebiete bis 100 m Breite werden nicht aus den Vorranggebieten Windenergie ausgespart. Dasselbe gilt für Flächen mit einer Breite von mehr als 100 m, wenn sie kleiner als 5 ha sind. Das Einbeziehen dieser Flächen in die Vorranggebiete „Windenergie“ erfolgt vor dem Hintergrund des regionalplanerischen Maßstabes von 1:50.000. Der zeichnerische Ausschluss ist in dieser Maßstäblichkeit weder möglich noch erforderlich. Die Höhe der für die Planungsregion als Stand der Technik angenommenen Windenergieanlagen und deren Rotorradius erfordert wegen der Nachlaufströmung bereits Abstände von mehreren hundert Metern zwischen den Windenergieanlagen. Daher führen Tabuzonen, Ausgleichsflächen, Rohrfernleitungen und Schutzgebiete mit so geringer flächen- oder linienhafter Ausdehnung nicht dazu, dass sich die ohnehin erforderlichen Abstände zwischen den Windenergieanlagen erheblich vergrößern. Somit können die genannten linearen sowie kleinteiligen Tabuzonen, Ausgleichsflächen, Rohrfernleitungen und Schutzgebiete im Zuge des Parklayouts berücksichtigt, d. h. ausgespart werden. Trotz dieser kleinteiligen und linearen Flächen steht das Vorranggebiet Windenergie damit, dem regionalplanerischen Maßstab entsprechend, vollständig für eine raumbedeutsame Windenergienutzung zur Verfügung. Das Einbeziehen dieser Flächen in die Vorranggebiete „Windenergie“ ändert insofern auch nichts an der im Kriterienkatalog getroffenen Bewertung (z. B. aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen für eine Windenergienutzung nicht geeignet): Die Flächen bleiben trotzdem Ausschlussflächen für die Standorte der einzelnen Windenergieanlagen.

8.3) Ermittlung der Prüfflächen ≥ 15 ha

Die Prüfflächen sind diejenigen Flächen, die verbleiben, nachdem die Tabuzonen von der Regionsfläche abgezogen wurden. Bei den heute gängigen Abständen zwischen Windenergieanlagen in der Größenordnung des 3,5-fachen Rotordurchmessers in Hauptwindrichtung und des 2,5-fachen Rotordurchmessers in Nebenwindrichtung ergibt sich unter der Prämisse der Konzentration von mindestens drei Windenergieanlagen in den Vorranggebieten „Windenergie“ daraus eine Mindestflächengröße von 15 ha. Wird an der Grenze des Planungsraumes mit einer Nachbarregion ein gemeinsamer Standort ausgewiesen, so wird die Mindestgröße auf den gesamten Standort angewendet. Auch wenn das Vorranggebiet aus mehreren Teilen besteht, soll es optisch als ein zusammenhängender Standort wahrgenommen werden können. Die einzelnen Teile eines Vorranggebiets sollen daher nicht weiter voneinander entfernt liegen als die gängigen Abstände zwischen Windenergieanlagen und damit nicht mehr als 600 m – entsprechend dem 3,5-fachen Rotordurchmesser in Hauptwindrichtung.

8.4) Einzelfallprüfung gemäß Kriterienkatalog

In der Einzelfallprüfung werden innerhalb der verbliebenen Prüfflächen diejenigen Belange standort- und einzelfallbezogen geprüft, die noch nicht als Tabuzonen Eingang in die Planung gefunden haben (zu einer nicht abschließenden Liste der Einzelfallkriterien für diesen Arbeitsschritt siehe den Kriterienkatalog zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“). Die Ergebnisse der Einzelfallprüfung inklusive der Berücksichtigung der nachfolgenden Planungsprämissen werden in den sogenannten Prüfbögen zu den Vorranggebieten „Windenergie“ als Anlage zur Begründung dokumentiert.

8.5) Planungsprämissen

Die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen soll in der Region nach vergleichbaren, raumverträglichen Planungsprämissen erfolgen, wozu regional abgewogene Kriterien zur raumordnerischen Steuerung der Windenergienutzung in der Region einheitlich und gleichgewichtet angewendet werden sollen. Diese Prämissen, die sich die RPG Ostthüringen für einen raumverträglichen Ausbau der Windenergienutzung setzt, sollen flächendeckend sichergestellt und damit eine Gleichbehandlung in der Region gewährleistet werden.

Um den landesplanerischen Pflichtauftrag erfüllen zu können, wird die RPG Ostthüringen stärker als bisher auch konfliktrichtiger Räume für den Ausbau der Windenergienutzung in Anspruch nehmen müssen. Durch die stärkere Gewichtung der Windenergienutzung nach § 2 EEG, die Sonderregelungen zum Repowering sowie die Vorgabe 5.2.13 V des LEP 2025 stehen künftig auch Standorte siedlungsnäherer Bestandsanlagen im Fokus der Gebietsausweisung. Auch die Neuregelung zu Belangen des Landschafts- und Artenschutzes erfordern ein grundhaft anzupassende Schutzgüterabwägung auf regionaler Ebene. Die RPG Ostthüringen beabsichtigt für die räumliche Festlegung der Vorranggebiete nachfolgende Planungsprämissen anzuwenden, um die öffentliche Akzeptanz für den Ausbau der Windenergienutzung in der Region zu befördern, Planungssicherheit zu schaffen und um eine kontinuierliche Weiterarbeit am Sachlichen Teilplan „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ zu ermöglichen:

allgemeine Planungsprämissen:

- Gebiete mit Vorrangfestlegung im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen (Bestandsschutz) unter Berücksichtigung von Erweiterungspotenzialen bzw. Flächenreduzierung bei Vorranggebieten mit Höhenbegrenzung
- Gebiete mit Bestandsanlagen außerhalb der Vorrangfestlegung im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen (Sonderregelungen Repowering)
- Windenergiegebiete benachbarter Regionen (Standorte mit regionsübergreifenden Flächenpotenzialen)
- Gebiete mit technogener Vorprägung der Landschaft (Standorte mit Bündelungspotenzialen)
- Gebiete mit räumlicher Nähe zu Verbrauchsschwerpunkten wie Industrie- und Gewerbestandorten sowie potenzieller industrieller Wasserstoffbedarfe (Standorte energieintensiver Unternehmen mit hoher wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung)
- geeignete Gebiete mit kommunalem Planungsinteresse
- Berücksichtigung einer maximalen Umfassung von Siedlungen durch Windenergieanlagen
- Vorranggebiete „Windenergie“ sind unter Beachtung ihrer Flächeneignung räumlich ausgewogen festzulegen

Vorranggebiete des Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen (Bestandsgebiete) sowie Repoweringgebiete um Bestandsanlagen außerhalb der Vorranggebiete sind bei der Abwägung mit öffentlichen und privaten Belangen unter Berücksichtigung ihrer Vorprägung besonders zu gewichten. Hierbei werden sowohl das Erfordernis der Flächenreduzierung aufgrund des Entfallens der Höhenbeschränkungen oder der Anwendung des öffentlichen Belangs der „optisch bedrängenden Wirkung“ als auch geeignete Erweiterungspotenziale berücksichtigt. Geeignete Teilflächen dieser Gebiete sind bevorzugt als Vorranggebiete „Windenergie“ festzulegen. Dies dient sowohl dem Bestandsschutz, der Wahrung der lokalen Akzeptanz als auch einer ressourcenschonenden Freirauminanspruchnahme.

Ausweisung geeigneter Flächen zur Nutzung regionsübergreifender Flächenpotenziale unter Berücksichtigung der technologischen Vorprägung und der gesicherten Infrastrukturerschließung. Hierbei wird insbesondere dem raumordnerischen Ziel eines flächensparenden, effizienten und umweltverträglichen Ausbaus der Windenergienutzung entsprochen.

Ausweisung geeigneter Flächen in Nachbarschaft zu bereits baulich oder infrastrukturell vorgeprägten Räumen (Verkehrstrassen, Freileitungen, Umspannwerken, Gewerbe- und Industriegebiete etc.) zur Nutzung von Bündelungspotenzialen und Synergieeffekten. Hierbei sind die technologischen Vorprägungen, bestehende Infrastrukturerschließung, ressourcenschonende Freirauminanspruchnahme sowie die Bereitstellung einer dezentralen Energieversorgung für ansässige energieintensive Unternehmen und Möglichkeiten der Direktvermarktung besonders zu gewichten.

Ausweisung geeigneter Flächen im Außenbereich, für die kommunale Planungsinteressen zum Ausbau der Windenergienutzung bestehen, welche in das Verfahren der Aufstellung des Sachlichen Teilplanes „Windenergie und Sicherung des Kulturerbes“ eingebracht wurden und werden. Hierbei sind sowohl Belange der Raumverträglichkeit als auch kommunale Entwicklungsinteressen und Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung und kommunalen Wertschöpfung zu berücksichtigen.

Der Plangeber möchte vermeiden, dass Ortslagen in einer Weise von Windenergieanlagen umfasst werden, die dazu führt, dass sich die dort lebenden Menschen von Windenergieanlagen „gleichsam erdrückt“ fühlen und die umgebende Landschaft im Nahbereich nicht mehr ohne Überprägung durch Windenergieanlagen wahrnehmen können. Bei der Berücksichtigung einer maximalen Umfassung von Siedlungen durch Windenergieanlagen macht sich der Plangeber für die Beurteilung der Umfassungswirkung durch Windenergieanlagen die Kriterien des vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern herausgegebenen Gutachtens zur „Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen“ von 2021 zu eigen.

Die Vorranggebiete „Windenergie“ sind unter Beachtung ihrer Flächeneignung räumlich ausgewogen festzulegen. Hierdurch sollen unverhältnismäßige Konzentrationen und Betroffenheiten von Teilräumen bestmöglich vermieden werden (Überlastungsschutz). Dies ermöglicht, die Energieversorgung zu dezentralisieren und einen Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der gesamten Planungsregion zu leisten sowie kommunale Wertschöpfungen zu unterstützen. Bei der Ermittlung der Vorranggebiete „Windenergie“ werden im ersten Schritt die Tabuzonen von der Regionsfläche abgezogen (siehe oben Punkt 8.2). Die flächenmäßig bei Weitem größten Tabuzonen stellen in Ostthüringen die Siedlungsflächen zusammen mit den Pufferzonen um Wohn- und Mischgebiete dar, gefolgt von größeren Schutzgebieten nach Naturschutzrecht und Tabuzonen aus den Bereichen Verkehr und technische Infrastruktur. Es ergeben sich daraus große Teilräume innerhalb der Planungsregion, in denen sich keine oder kaum Prüfflächen finden werden. Im Gegenzug werden sich die größten Prüfflächen in Ostthüringen vor allem dort befinden, wo die Abstände zwischen den Ortschaften überdurchschnittlich groß sind und gleichzeitig keine Schutzgebiete vorhanden sind, die zu Tabuzonen erklärt wurden. Soweit möglich und vertretbar sollen daher die Vorranggebiete „Windenergie“ räumlich möglichst ausgewogen über die Planungsregion verteilt werden.

spezielle Planungsprämisse Siedlungsabstand:

Gemäß der Leitvorstellungen 4 und 5 im Kapitel 5.2 Energie des LEP 2025 soll das Ersetzen von Bestandsanlagen durch leistungsfähigere Anlagen am gleichen Standort (Repowering) gestärkt werden und die klimaverträgliche Energieversorgung von Industrie- und Gewerbestandorten soll besonderes Gewicht erhalten (Dekarbonisierung). In der Begründung zu den Leitvorstellungen heißt es, dass neben der Suche nach neuen geeigneten Standorten der weiteren Nutzung bereits gefundener geeigneter Standorte besonderes Gewicht zugemessen werden soll. Hiermit wird insbesondere die Bedeutung des Repowering (Rückbau und Errichtung leistungstärkerer Anlagen am gleichen Standort) von Windenergieanlagen unterstrichen. In Industriezweigen, bei denen aus heutiger Sicht alternativ zur Wasserstoffnutzung keine sinnvolle Option zur Dekarbonisierung des Industrieprozesses besteht (u. a. Stahl-, Glas-, Keramik- und chemische Industrie), kann eine dezentrale Erzeugung und Verwendung von grünem Wasserstoff durch die Bereitstellung einer ausreichenden Erzeugungsleistung von erneuerbaren Energien eine wesentliche Bedeutung für den Erhalt des Industriestandorts haben. In Konkretisierung dieser Leitvorstellung ist entsprechend der Vorgabe 5.2.13 V des LEP 2025 bei der Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ der Windenergienutzung an Standorten, an denen bereits eine Windenergienutzung erfolgt (Repowering), der räumlichen Nähe zu Verbrauchsschwerpunkten wie Industrie- und Gewerbestandorten sowie potenzieller industrieller Wasserstoffbedarfe ein besonderes Gewicht beizumessen. In der Begründung zur Vorgabe 5.2.13 V LEP 2025 heißt es, dass dieses besondere Gewicht insbesondere auch darin bestehen kann, dass der Regionalplangeber zur Ermöglichung von Repowering seine Kriterien bzw. Direktiven entsprechend anpasst (also bspw. geringere Siedlungsabstände vorsieht, die Anforderungen an die Mindestgröße von Vorranggebieten senkt o. ä.).

Die RPG Ostthüringen beabsichtigt, auch unter dem erhöhten Raumbedarf des regionalen Teilflächenziels, das Beibehalten des Mindestabstandes von 1.000 m zur Wohnbebauung zu prüfen. Dabei besteht die dezidierte Absicht, den Mindestabstand von 1.000 m zur Wohnbebauung so weit wie möglich auch weiterhin zu gewährleisten, um dem Schutzgut „Mensch“ in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Zur Zielerfüllung und unter bestimmten Voraussetzungen (Bestandsgebiete, Repowering, räumliche Nähe zu Industrie- und Gewerbestandorten, teilträumlich geringes Prüfflächenpotenzial etc.) ist ein Unterschreiten des Mindestabstandes aber nicht auszuschließen. Abweichend vom Kriterium Nr. 1.2 des Kriterienkatalogs zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ - „Rohentwurf“ soll aber ein vorsorglicher Mindestabstand von 855 m zu Wohn- und Mischgebieten und vergleichbar schutzbedürftigen Nutzungen sichergestellt werden. Die Untergrenze von 855 m ergibt sich aus der höchst- und obergerichtlichen Rechtsprechung zum baurechtlichen Gebot der Rücksichtnahme („3H-Regelung, 3 x Gesamthöhe der Referenzanlage von 285 m, siehe Punkt 5). In Anbetracht des Stands der Technik moderner Windenergieanlagen sollen die 855 m die unterste Grenze sein, die zur

Wohnbebauung innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB), zu Entwicklungs- und Ergänzungssatzungen (§ 34 Abs. 4 Nr. 2 und 3 BauGB) sowie zu rechtskräftig für die Bebauung vorgesehene Flächen (Wohnbauflächen und gemischte Bauflächen aus Flächennutzungsplänen, Baugebiete für Wohn- und Mischnutzung) gewahrt bleiben muss. Der Belang der „optisch bedrängenden Wirkung“ wird vollumfänglich angewendet („2H-Regelung“ im § 249 Abs. 10 BauGB).

spezielle Planungsprämisse Landschaftsschutzgebiete / Naturparke:

Auch die Belange des Landschaftsschutzes sind zum Erreichen des regionalen Teilflächenziels in der Planungsregion neu zu bewerten. Dies umfasst sowohl festgesetzte Landschaftsschutzgebiete als auch den in der Region bisher von der Windenergienutzung freigehaltenen Naturpark „Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale“.

Landschaftsschutzgebiete stehen einer Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum Erreichen der gesetzlichen Flächenbeitragswerte nicht mehr pauschal entgegen (§ 26 Abs. 3 BNatSchG), auch wenn deren Schutzgebietsverordnungen entgegenstehende Bestimmungen enthalten. Natura 2000-Gebiete sowie Welterbestätten in Landschaftsschutzgebieten sind hiervon bundesgesetzlich ausgenommen. In Landschaftsschutzgebieten ist dennoch ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich (§ 26 Abs. 1 BNatSchG).

Am 07. Februar 2023 trat die Thüringer Verordnung zur Änderung der Verordnungen über die Naturparke „Thüringer Wald“, „Kyffhäuser“, „Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale“, „Südharz“ und „Eichsfeld-Hainich-Werratal“ vom 19. Januar 2023 in Kraft, mit der das Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen in den benannten Naturparks aufgehoben wurde. Die Naturparke wurden somit gegenüber der Nutzung von Windenergie geöffnet. Vergleichbar zu Landschaftsschutzgebieten sind die Naturparke je nach örtlicher Situation aus naturschutzfachlichen, touristischen und kulturhistorischen Gründen vielerorts als sensibel zu werten.

Die Umsetzung der geänderten rechtlichen Vorgaben erfolgt u. a. durch Anpassung des Kriterienkataloges zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“. Im Kriterienkatalog zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ - „Rohentwurf“, vgl. Kriterien Nr. 2.2 und 2.3, werden die Landschaftsschutzgebiete sowie die Naturparke daher als Einzelfallkriterium gewertet.

Von vorrangiger Bedeutung für den Erhalt, die Entwicklung oder die Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in Landschaftsschutzgebieten und den beiden Ostthüringischen Naturparks „Thüringer Wald“ und „Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale“ sind Teilbereiche, die sich zugleich mit weiteren Schutzgebieten nach Naturschutzrecht überlagern. Für den Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sind zudem Bereiche mit hohem Erholungswert, hoher Erlebniswirksamkeit des Landschaftsbildes oder besonderer kulturhistorischer Prägung bedeutsam. Die RPG Ostthüringen beabsichtigt deshalb unter Berücksichtigung der o. g. Planungsprämissen, eine gebietsbezogene Bewertung anhand der Schutzzwecke, Landschaftsfunktionen und Erholungseignung im Rahmen der Einzelfallprüfung (siehe Punkt 8.4) vorzunehmen, um regional besonders bedeutsame schutzbedürftige und störungsarme Bestandteile der Landschaftsschutzgebiete und der Naturparke vorsorglich bei der Windenergieflächenplanung freizuhalten.

spezielle Planungsprämisse Windenergie im Forst:

Die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen sind seit vielen Jahren hoch umstrittene Themen. In Ostthüringen steht häufig der Abstand zu Siedlungen sowie die Windenergienutzung im Forst im Mittelpunkt der Diskussion. Dem Erhalt der Wälder kommt daher in der Planungsregion Ostthüringen eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund der hohen Siedlungsdichte und einem Waldanteil von ca. 37 % an der Regionsfläche waren und sind die Möglichkeiten zur Ausweisung von Windenergiegebieten im Offenland aber stark eingeschränkt. Hier gilt es zu bedenken, dass die Siedlungsdichte in Ostthüringen mithin ungefähr doppelt so hoch ist wie in den übrigen Planungsregionen des Freistaates Thüringen und ein Drittel über dem Landesdurchschnitt liegt. Insofern hat die RPG Ostthüringen bereits im Sachlichen Teilplan Windenergie Ostthüringen 2020 in nicht unerheblichen Umfang Vorranggebiete im Forst ausweisen müssen. Andernfalls hätten z. B. die vorsorgenden Siedlungsabstände aufgrund der skizzierten siedlungsstrukturellen Gegebenheiten verringert werden müssen.

Mit den immensen Waldschäden der letzten Jahre, bedingt durch außergewöhnliche Trockenheit und massiven Schädlingsbefall, erfährt die Schutzbedürftigkeit der verschiedenen Waldfunktionen deutschlandweit ein wachsendes Gewicht in den Planverfahren. Gemäß der Vorgabe 5.2.12 V des LEP 2025 ist bei der Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ im Forst der Nutzung von Gebieten, die aufgrund von Extremwetterereignissen und Folgeschäden bereits flächige Schäden aufweisen, ein besonderes Gewicht beizumessen (vgl. Kriterium Nr. 5.6 des Kriterienkatalogs zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ - „Rohentwurf“). Aufgrund der hohen Dynamik der Schadflächenentwicklung (neue Schadflächen, kurzfristiger Sukzessionsfortschritt hin zur Bestockung usw.) und mit Verweis auf § 23 Thüringer Waldgesetz, wonach eine Wiederaufforstungsverpflichtung insbesondere dort besteht, wo besondere oder

herausragende Waldfunktionen vom Schadereignis betroffen sind, soll die raumordnerische Abwägung zugunsten der Windenergienutzung im Forst vorrangig unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen der Wälder durchgeführt werden.

Dem Belang Wald wird daher auch zukünftig im Rahmen der planerischen Ermittlung und Bestimmung der Kulisse der Windenergiegebiete im Abschnitt 2, Natur- und Landschaftsschutz, des Kriterienkatalogs zur Ausweisung der Vorranggebiete „Windenergie“ - „Rohentwurf“ ein ganzer Abschnitt gewidmet. Natur- und forstrechtlich geschützte Waldbereiche sowie Waldflächen, die gemäß der Waldfunktionskartierung sensible Waldfunktionen ausüben und damit einem besonderen Schutz unterliegen, sollen als Tabuzonen vollständig von der Windenergienutzung freigehalten werden. Die RPG Ostthüringen wird außerdem darauf achten, vornehmlich reine Nadelholzbestände zur Ausweisung zu bringen. Diese sind sowohl weitaus anfälliger gegenüber Klimaveränderungen und den sich daraus ergebenden Folgeschäden, als auch aus ökologischer Sicht in der Regel weniger hochwertig (weniger artenreich und naturnah) als Laubwald. Nur mit einer partiellen Inanspruchnahme von z. T. intensiv forstwirtschaftlich genutzten Waldbereichen können Abstriche beim Schutzniveau für Umwelt, Wohnbevölkerung sowie den übrigen Schutzgütern vermieden und eine planerisch ausgewogene teilräumliche Konzentration der Windenergienutzung sichergestellt werden. Bei der Identifizierung von geeigneten Vorranggebieten „Windenergie“ im Forst werden umweltrelevante Vorbelastungen, der jeweilige Waldanteil in den Teilräumen der Planungsregion, die vorhandene Infrastrukturerschließung, die Netzanbindung, die topographischen Verhältnisse und die zumeist geringere Nachbarschaftsbetroffenheit aufgrund hoher, vorsorgend zu realisierender, Siedlungsabstände besonders zu gewichten sein.

9) Doppelnutzung – ausnahmsweise Zulässigkeit von Photovoltaik-Freiflächenanlagen innerhalb der auszuweisenden Vorranggebiete „Windenergie“

Eine kombinierte Nutzung von geeigneten Flächen für erneuerbare Energien dem Grundanliegen einer flächenschonenden und effizienten Erzeugung und Bereitstellung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und der sparsamen und schonenden Inanspruchnahme der Naturgüter sowie den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). Die RPG Ostthüringen erkennt an, dass eine Solarenergienutzung die Vorranggebiete „Windenergie“ sinnvoll funktional erweitern oder sogar eine noch größere Standorteignung ermöglichen kann - insbesondere mit Blick auf die zu versorgenden Standorte energieintensiver Unternehmen mit hoher wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung.

Durch die Aufnahme eines Ziels der Raumordnung, soll in den auszuweisenden Vorranggebieten „Windenergie“ die Errichtung und der Betrieb von Photovoltaik-Freiflächenanlagen als Doppelnutzung zulässig sein, soweit hierdurch die Funktion der Vorranggebiete „Windenergie“ als Hauptnutzung nicht eingeschränkt wird. Das Ziel der Raumordnung zur Doppelnutzung muss demnach sicherstellen, dass andere Nutzungen innerhalb der Vorranggebiete „Windenergie“ der Windenergienutzung untergeordnet sind und der Windenergienutzung räumlich und zeitlich nachfolgen. Photovoltaik-freiflächenanlagen stehen dann der Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete „Windenergie“ nicht entgegen, sofern sie sich räumlich sowie in zeitlicher Abfolge unterordnen und bei Bedarf rückgebaut werden. Dies entspricht auch den Bestimmungen des Gesetzesentwurfs des BMWK/BMWSB/BMUV zur Umsetzung der EU RED III-Richtlinie in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie³. Hiernach ist, soweit sich Solarenergiegebiete mit Windenergiegebieten überschneiden, der Windenergienutzung der Vorrang einzuräumen. Für die Doppelnutzung sollten aber nur Bereiche der Vorranggebiete „Windenergie“ in Frage kommen, welche sich im Offenland befinden. Aufgrund der Größe dieser (Teil-)Bereiche der Vorranggebiete „Windenergie“ im Offenland sollte weiter geregelt werden, dass in den Vorranggebieten „Windenergie“ die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen ausnahmsweise nur zulässig ist, wenn die betroffene Gemeinde in ihrer Alternativflächenprüfung für diese Fläche/Teilfläche eine Potenzialfläche für Freiflächen-Photovoltaikanlagen festgelegt hat. Das Ziel der Raumordnung richtet sich demnach sowohl an die kommunale Bauleitplanung als auch an die Vorhabenzulassung.

³ Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort, BT-Drucksache 20/12785 v. 09.09.2024